

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Stuttgart, 26. März 2012

Arbeitgeberangebot ?

Ein Hohn !

Tarifforderung voll durchsetzen! Streik vorbereiten!

Es lässt sich prima leben in Deutschland -
wenn man Manager in einem im DAX-gelisteten Unternehmen ist.

Es lässt sich auch angenehm leben -
wenn man sich, wie die Bundestagsabgeordneten, seinen Tarif selbst bestimmen darf.

Auch die Renten sind sicher -
wenn man für 598 Amtstage jährlich 199 000,- Euro plus Spesen einsackt.

Und es ist schön -
wenn man massenhaft Staatsanleihen gekauft hat und sich sicher sein kann, ordentliche Profite zu machen ?

Die Realität sieht anders aus !

Oft ist das Leben in Deutschland so:

- 40-oder-mehr-Stunden-Woche
- Arbeitsverdichtung für immer weniger Lohn
- Niedriglöhne
- Hartz IV, 1-Euro Jobs, unbezahlte Praktika
- Nebenjob zum Hauptberuf

Gerade im öffentlichen Dienst wurde seit Jahren verzichtet.

Laut Statistischem Bundesamt sind in den Jahren 2000 – 2010 die Reallöhne aller Beschäftigten in Deutschland um 4 % gesunken – im Öffentlichen Dienst am stärksten, im Verarbeitenden Gewerbe am schwächsten.

Im Gegensatz dazu stiegen die Gewinne der Konzerne, Banken und Vermögenden exorbitant. Zudem zahlen diese immer weniger Steuern.

Die DAX-Konzerne haben während der Staatsschuldenkrise, 2011 die Rekordmarke von **100 Mrd Euro Gewinn** erreicht.

Das ist das Geld, welches für notwendige öffentliche Dienstleistungen und angemessene Bezahlung fehlt.

Damit muss Schluss sein.

Die Beschäftigten sind die wahren Leistungsträger dieser Gesellschaft. Denn wer hält alles am Laufen? Wer leert die Mülltonnen, wer fährt die Busse, wer kümmert

sich um Kranke, wer betreut die Kinder, wer kümmert sich darum, dass der Wohngeldempfänger sein Geld bekommt?



Forderung voll durchsetzen – keine Abstriche mehr

Frank Bsirske hat einen „deutlichen Nachholbedarf“ für diese Tarifrunde festgestellt. Das sehen wir auch so. Daher halten wir die aktuelle Forderung nach 6,5 Prozent, bzw. 200 € Sockelbetrag für bescheiden und wollen diese voll durchsetzen. Wir wollen keine Situation wie bei der letzten Tarifverhandlung, als nach einem Warnstreik und ein paar Verhandlungsrunden ein Ergebnis für 2 Jahre abgeschlossen wurde, welches Lohnverlust bedeutete! Das zeigt, dass Warnstreiks allein nicht reichen werden. Ein Durchsetzungstreik muss daher bereits jetzt vorbereitet werden.

Lebenshaltungskosten

Laut Statistischem Bundesamt sind die Lebenshaltungskosten von 2005 – 2010 um 16 % gestiegen.

Davon:

- Nahrungsmittel + 13 %
- Strom + 30 %
- Heizkosten + 22,5 %
- Verkehr + 19,4 %

Was nützt es, wenn die Preise für die Dinge des täglichen Lebens explosionsartig ansteigen, Kommunikations- und Freizeitgüter, die man sich nicht jeden Monat kauft billiger werden (und so den Statistischen Wert wieder drücken) ?

„Angebot“ ist erniedrigend und eine Provokation

Der jetzige Verhandlungsführer für den Bund, Innenminister Friedrich (CSU) hatte im Juni 2011 keinerlei Einwände, als im Bundestag die Diäten der Abgeordneten für die Jahre 2012 und 2013 **um je 292,- Euro pro Monat angehoben** wurden.

Er bezieht also für 2012 als reines Abgeordnetengehalt 7960,- Euro – ohne Spesen und Ministerzuschlag !

Gleichzeitig erdreistet er sich nicht, uns ein Angebot für 24 Monate vorlegen zu lassen, welches **durchschnittlich 1,77 % pro Jahr** beinhaltet. Das deckt nicht einmal die Preissteigerungsrate von zuletzt 2,3% im Februar 2012 !

Für dieses Jahr wären das rund 50,- € und für das Jahr darauf rund 30,- € monatlich.

Griechenland

Der von Merkel, Europäischer Zentralbank und EU Griechenland aufgezwungene Sozialkassenschlag lässt die griechische Wirtschaft ins Bodenlose stürzen. Selbst wenn die Wirtschaft dieses Jahr nur um weitere 2% schrumpfen würde, würde das Bruttoinlandsprodukt (gemessen nach Kaufkraft) unter das von Vietnam und Peru fallen. Gegen die Verelendung gibt es in Griechenland erbitterten Widerstand. Und auch in Deutschland wächst die Solidarität.

Für den 15. Mai ist eine Protestkundgebung in Stuttgart um 17.00 Uhr geplant, vom 17. bis 19. Mai sind in Frankfurt Aktionstage, am 19. Mai eine Großdemonstration.

Kein Vergleich

Das ist aber kein Vergleich zu dem, was sich die Manager der DAX- Konzerne genehmigen. Eine kleine Auswahl.

VW – Winterkorn	17,4 Mio. Euro
Daimler – Zetsche	8,1 Mio. Euro
Siemens – Löscher	8,7 Mio. Euro

Es ist abzusehen, dass die KollegInnen der IG-Metall, die ebenfalls 6,5% mehr Lohn fordern, demnächst ebenfalls zu hören bekommen, dass trotz hohem Einmalzuschlag für 2011, kein Geld für sie da ist.

Unbezahlbare und zu hohe Forderung ?

Vor allem die Kommunen klagen sie hätten kein Geld für Lohnerhöhungen. Aber die Kassen der Kommunen wurden nicht durch Beschäftigten im öffentlichen Dienst geplündert, sondern durch Steuergeschenke an die Reichen. Und viele Kommunen, die angeblich kein Geld haben, verprassen das Geld für Prestigeobjekte. In Stuttgart haben Schuster, Föll und Co. kein Problem für

Stuttgart 21 mehr als eine Milliarde sinnlos zu vergraben.

Es klingt absurd : Der Grüne Bürgermeister Werner Wölfl beziffert die Lohnforderungen verdi's mit jährlichen Kosten von **22Mio.€** für die Stadt Stuttgart. Gleichzeitig sind die offiziellen Kosten für die Stadt auf der Homepage der Bahn mit **291,8 Mio. €** bis 2019 angegeben (= **36,475 Mio. € pro Jahr !**) Glaubhafteren Berechnungen sind es aber um die 1 Mrd. Euro Die Montagsdemos und der Widerstand gegen Stuttgart 21 ist deshalb auch ein Beitrag dafür, öffentliche Gelder für sinnlose Investitionen und für eine ordentliche Bezahlung der Beschäftigten zu retten. Wenn der Kampf gegen Stuttgart 21 mit dem Kampf für höhere Löhne verbunden wird, dann stärkt das die Durchsetzungskraft für beide Seiten.

Regierungsschwäche nutzen – Gemeinsam kämpfen.

Die Bedingungen sind günstig. Die Bundesregierung ist in der Krise und ließe sich leicht unter Druck setzen. Ebenso stehen die KollegInnen bei der Deutschen Telekom, der Chemischen- und der Metall- und Elektroindustrie vor Verhandlungen. Dies wäre DIE Chance, durch zeitgleiche Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen den Druck aus den Betrieben aufzubauen, um tatsächlich die massiven Reallohnverluste aus den letzten zehn Jahren gemeinsam für alle zurückzuholen. Mehr noch – es wäre eine Möglichkeit, Kampfkraft zu erproben und Vertrauen in die eigene Stärke aufzubauen. Das könnte der Anfang einer Bewegung gegen die Politik für Banken und Konzerne sein.

Für eine offensive Tarifrunde muss Druck von unten organisiert werden. Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ ist ein Angebot für KollegInnen, sich darüber auszutauschen, wie für einen kämpferischen Kurs in der kommenden Tarifaueinandersetzung gesorgt werden kann.

Wir fordern und bleiben dabei :

- **6,5 % mehr Lohn, jedoch mindestens 200,- € als soziale Komponente**
- **12 Monate Laufzeit , maximal**
- **keine faulen Kompromisse mehr, Tarifforderung mit Streik durchsetzen**
- **keine Kompensation**
- **Urlaubstage, Zulagen und Zuschläge sind keine Verhandlungsmasse**

Das sind wir mehr als wert !